

Medieninformation

Ausbau der Elementarpädagogik sichern - strukturelle Reformen jetzt umsetzen

Gemeinsame Studie von AK Wien, ÖGB, WKÖ und IV zeigt, wie der weitere Ausbau der Elementarpädagogik trotz knapper finanzieller Spielräume gelingen kann

Qualitätsvolle Elementarbildung ist eine Zukunftsinvestition und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Bund, Länder und Gemeinden müssen Finanzierung, Qualität und Personal gemeinsam organisieren und ihre Verantwortung besser aufeinander abstimmen. Gerade in Zeiten knapper Budgets braucht es daher mehr Kooperation, um vorhandene Ressourcen effizient zu nutzen, Synergien zu heben und bestehende Strukturen zu optimieren, damit jedes Kind die gleichen Chancen erhält.

Österreich steht beim Ausbau der Kinderbildung und -betreuung an einem entscheidenden Punkt: Der Bedarf in der Elementarpädagogik steigt. Berufstätige Eltern brauchen gute Betreuungsangebote. Mit der Reformpartnerschaft ist ein Prozess angestoßen, um Aufgaben, Zuständigkeiten und Finanzierungsstrukturen zukunftsfit weiterzuentwickeln. Entscheidend wird nun sein, den eingeschlagenen Ausbaukurs konsequent fortzusetzen, die Qualität weiterzuentwickeln und vorhandene Synergien bestmöglich zu nutzen.

Die von den Sozialpartnern Arbeiterkammer (AK), Österreichischer Gewerkschaftsbund (ÖGB) und Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) sowie der Industriellenvereinigung (IV) beim KDZ - Zentrum für Verwaltungsforschung beauftragte Studie zeigt eindeutig: Die zusätzlichen Finanzierungsinstrumente des Bundes haben den Ausbau der Kinderbetreuung seit 2008 angestoßen und wichtige Impulse gesetzt. Auf dieser Grundlage gilt es nun, den nächsten Schritt zu setzen: eine bessere Abstimmung der bestehenden Instrumente, mehr Planbarkeit für Gemeinden und Träger, Förderung regionaler Kooperationen sowie strukturelle Weiterentwicklungen, um die vorhandenen Mittel noch wirksamer einzusetzen und Effizienzpotenziale im System zu heben.

Die Studie zeigt, strukturelle Impulse sind notwendig!

1. Regionale Planung und Koordination

Der Ausbau scheitert derzeit vielfach an fehlender abgestimmter Planung zwischen Ländern und Gemeinden. Oft steht jede Gemeinde alleine vor der Herausforderung, die Kinderbildung und Kinderbetreuung bedarfsgerecht anzubieten. Ziel muss es sein, das Angebot im regionalen Verbund qualitativ und quantitativ abzusichern. Gerade im ländlichen Raum kann eine gemeindeübergreifende Planung daher finanziell entlasten und ein verbessertes Angebot zur Verfügung stellen.

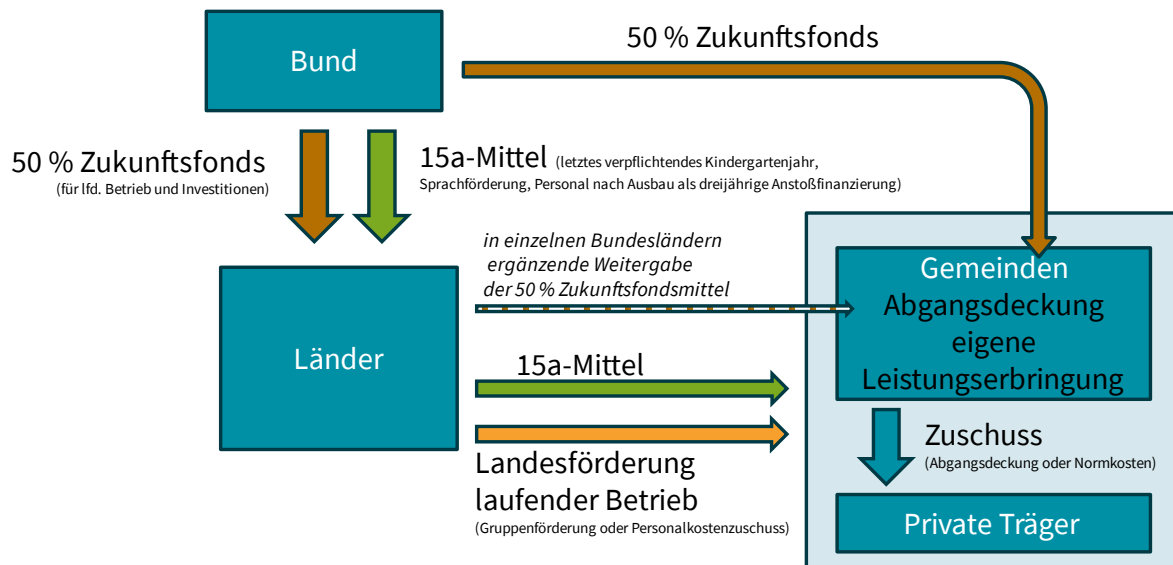
Daher braucht es:

- einen bundesweiten Qualitätsrahmen und verbindliche Mindestqualitätsstandards auf gesetzlicher Ebene
- österreichweit bzw. landesweit koordinierte Bedarfserhebung als Grundlage für Planung und Abstimmung des Angebots
- regionale Beratung und Servicierung von Gemeinden zur besseren Abstimmung und Weiterentwicklung von Gemeindekooperationen

2. Finanzierungs- und Fördersysteme besser aufeinander abstimmen

Das derzeitige Finanzierungssystem besteht aus mehreren Instrumenten: allgemeine Mittel aus dem Finanzausgleich als Basisfinanzierung, Art.-15a-Vereinbarung, Zukunftsfonds, Landesförderungen sowie Gemeindemittel. Diese Instrumente haben den Ausbau in den vergangenen Jahren wesentlich unterstützt. Gleichzeitig zeigt sich, dass sie noch nicht ausreichend aufeinander abgestimmt sind und unterschiedliche Zielsetzungen, Förderlogiken und Zuständigkeiten nebeneinanderstehen können.

Abbildung 1: Finanzierungsbeziehungen in der Elementarpädagogik im Überblick für den operativen Bereich



Quelle: Mitterer/Neumair/Pesendorfer/Weixlbraun (2026), Ausbau der elementaren Bildung trotz enger finanzieller Spielräume ermöglichen, S. 23.

Damit Ausbau, längere Öffnungszeiten und Qualitätsverbesserungen besser gelingen, braucht es eine klarere Abstimmung zwischen Basisfinanzierung, Impulsförderungen und laufender Finanzierung. So kann Planungssicherheit für die Elementarbildung deutlich verbessert werden.

Daher braucht es:

- systematische Abstimmung aller Finanzierungsinstrumente mit dem Ziel, Planungs- und Finanzierungssicherheit zu gewährleisten
- bessere Abstimmung von Landesförderungen und Bundesmitteln
- mehr Planungssicherheit durch längerfristige Förderzusagen
- konsequentes Monitoring der Entwicklung von Qualität und Ausbau

3. Innovative Ansätze gezielt fördern und skalieren

In vielen Gemeinden und Regionen werden neue Lösungswege gesucht, die verlässliche Angebote sichern, Qualitätsvorgaben erfüllen und zugleich die finanzielle und administrative Belastung der Gemeinden reduzieren. Praxisbeispiele zeigen: Neue Organisationsmodelle können Effizienz erhöhen, Personal besser einsetzen und die Versorgungssicherheit stärken.

Zentraler Hebel sind Gemeindekooperationen und Personalpools. Interkommunale Kooperationen können helfen, vorhandene Ressourcen besser zu nutzen, Angebote bedarfsgerechter zu organisieren und Gemeinden zu entlasten - etwa mit

gemeindeübergreifender Kinderbetreuung. Gemeinsame Strukturen erleichtern die Koordination von Verwaltung, Personalsteuerung, Vertretungen und finanziellen Abläufen. Personalpools können zusätzlich dazu beitragen, Personalengpässe und Betreuungsausfälle verlässlich abzufedern und Öffnungszeiten stabiler abzusichern.

Damit solche Modelle breiter wirksam werden können, müssen erfolgreiche Beispiele sichtbar gemacht, geeignete Rahmenbedingungen geschaffen und neue Strukturen insbesondere in der Aufbauphase unterstützt werden.

Daher braucht es:

- verbesserte rechtliche, organisatorische und finanzielle Rahmenbedingungen für interkommunale Kooperationen
- gezielte Förderung vor allem in der Aufbauphase und Skalierung erfolgreicher Praxisbeispiele
- Aufbau von regionalen Personalpools

4. Bürokratieabbau und effizientere Strukturen

Mehr Effizienz beim weiteren Ausbau der Kinderbildung und -betreuung liegt in der Vereinfachung administrativer Abläufe. Unzureichend aufeinander abgestimmte Richtlinien sowie komplexe Antrags- und Abrechnungsprozesse führen in der Praxis zu zusätzlichem Abstimmungsaufwand und binden Ressourcen bei Gemeinden und Trägern.

Daher braucht es:

- bessere Abstimmung von Förderlogiken, Antragsverfahren und Nachweispflichten bis hin zur Zusammenführung von Anträgen in ein Verfahren
- Vereinfachung von Förder- und Abrechnungsprozessen

Die Studie „Ausbau der elementaren Bildung trotz enger finanzieller Spielräume ermöglichen“ steht ab 16.7., 11.00 Uhr, unter folgendem Link zum Download bereit:
<https://www.kdz.eu/de/ausbau-der-elementaren-Bildung>

ZITATE

Arbeiterkammer Wien:

Die **Präsidentin der Arbeiterkammer Renate Anderl** unterstreicht „Gute Kinderbildung braucht bundesweite Qualität, um gleiche Chancen für alle Kinder zu schaffen. Eltern müssen sich darauf verlassen können, dass sie wohnortnah einen guten Bildungs- und Betreuungsplatz für ihr Kind finden. Ab dem 1. Geburtstag muss jedes Kind einen Rechtsanspruch darauf haben. Jetzt gilt es, diesen Anspruch umzusetzen.“

„Gemeinsame Qualitätsstandards in der Aus- und Weiterbildung sind Voraussetzungen, um dem Personalbedarf zu begegnen. Gute Arbeits- und Rahmenbedingungen sind der Weg, um die Bildungsqualität zu sichern.“

„Dabei dürfen die Gemeinden mit den laufenden Kosten nicht allein gelassen werden, sondern müssen unterstützt werden, etwa bei Kooperationen und Innovationen, um die Qualität in der Elementarbildung regional zu verankern,“ betont **AK-Präsidentin Renate Anderl** mit Blick auf die gemeinsame Studie der Sozialpartner und der Industriellenvereinigung.

Wirtschaftskammer Österreich:

WKÖ-Präsidentin und FiW-Bundesvorsitzende Martha Schultz betont: „Kinderbildung und Kinderbetreuung gehören zu den wichtigsten Zukunftsinvestitionen unseres Landes und sind ein entscheidender Standortfaktor für Österreich. Beim Ausbau der Kinderbildung und Kinderbetreuung wurde in den vergangenen Jahren viel erreicht - nicht zuletzt dank des jahrelangen und konsequenten Einsatzes der Sozialpartner. Die Studie bestätigt, dass dieser Weg richtig war. Jetzt gilt es, den nächsten Schritt zu machen: den weiteren Ausbau langfristig abzusichern und konsequent weiterzuentwickeln.“

„Mit der politischen Einigung zu einem neuen Bundesqualitätsrahmengesetz wird bereits ein wichtiger Schritt hin zu bundesweit einheitlichen Qualitätsstandards in der Elementarpädagogik gesetzt - ein Anliegen, für das wir uns seit vielen Jahren einsetzen. Gleichzeitig zeigt die Studie, dass weitere strukturelle Reformen notwendig sind. Gerade deshalb braucht es jetzt bessere Planung, stärkere Koordination und verlässliche bundesweite Rahmenbedingungen. Ausbau, Qualität und Planung müssen künftig noch stärker Hand in Hand gehen. Unser gemeinsames Ziel muss sein, Kindern die bestmöglichen Bildungschancen zu eröffnen, Familien zu unterstützen und damit den Standort Österreich nachhaltig zu stärken.“

Österreichischer Gewerkschaftsbund:

Die **gf. ÖGB-Vizepräsidentin und Bundesfrauenvorsitzende Christa Hörmann** stellt klar: „Elementarbildung ist der Schlüssel zu echter Wahlfreiheit, besserer Vereinbarkeit und mehr Gleichstellung. Gerade Frauen zahlen den Preis, wenn Kinderbildungs- und -betreuungsangebote fehlen. Die Studie bestätigt: Jetzt braucht es einen langfristigen Strukturwandel mit verlässlicher Finanzierung und einer besseren Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden.“

Klar ist aber auch: Mehr Plätze, bessere Qualität und längere Öffnungszeiten gibt es nicht zum Nulltarif. Die Beschäftigten in der Elementarpädagogik arbeiten vielerorts seit Jahren am Limit. Wer den Ausbau ernst meint, muss zum einen bereit sein, neue Wege zu gehen aber auch für ausreichend Personal, faire Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen sorgen. Nur so wird aus dem Versprechen einer besseren Kinderbetreuung Realität.“

Industriellenvereinigung

Die **Vizepräsidentin der Industriellenvereinigung Sabine Herlitschka** betont: „Der Ausbau der Kinderbetreuung darf nicht an fehlender Abstimmung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden scheitern. Um die Mittel, im System bestmöglich einzusetzen, braucht langfristige Planung, belastbare Daten und klare, anwendbare Regelungen für flexiblere Kooperationen. So können Versorgungslücken geschlossen und Ressourcen zielgerecht eingesetzt werden.“

„Moderne, flächendeckende und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung ist ein zentraler Hebel, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Sie ermöglicht Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, verbessert die Erwerbschancen insbesondere von Frauen und schafft die Basis dafür, dass jedes Kind, die bestmöglichen Entwicklungschancen erhält. Deshalb braucht Österreich einen konsequenten und bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung in allen Regionen des Landes“, so **Sabine Herlitschka**.